

LE MONDE

diplomatie

Kim
Die dritte Verkörperung des geliebten Führers setzt alte Traditionen Nordkoreas fort, erkennt Bruce Cumings
▶ S. 4

Orbán
Ungarns Präsident grenzt im Namen der Nation alle unproduktiven Bürger aus, berichtet Gáspár Miklós Tamás
▶ S. 5

Ma
Der wiedergewählte Staatschef von Taiwan schafft Frieden durch gute Geschäfte mit China, beobachtet Martine Bulard
▶ S. 6/7

Wade
Der alte Präsident des Senegal will wiedergewählt werden. Dem Land gedient hat er nicht, schimpft Sanou Mbaye
▶ S. 10

Löhne
Einkommensgerechtigkeit ist durch die globale Krise zur Grundsatzfrage geworden. Antworten gibt das Dossier
▶ S. 12-18

Elmar Bambach



Ohne Titel 3 (Bruno-Plache-Stadion, Leipzig), 2011, 22,5 x 30 cm
(zum Künstler siehe Seite 3)

Kafka im Westjordanland

von Joseph Dana

Das von Israel in den besetzten Gebieten eingerichtete Verwaltungssystem macht das Leben der palästinensischen Bevölkerung zur Qual. In den letzten Jahren wächst der Widerstand palästinensischer und israelischer Menschenrechtsgruppen. Ein Bericht von den Hügeln südlich von Hebron.

schlagen sie bei einer Tasse Kaffee und Zigaretten ihre Aktivitäten. Manchmal fahren israelische Polizeifahrzeuge vorbei, offensichtlich bemüht, die zusammengewürfelte Gruppe von ausländischen Aktivisten, Professoren der Hebrew University und israelischen Anarchisten einzuschüchtern.

Nachdem sie sich auf einen Plan für den Tag geeinigt haben, steigen sie in Kleinbusse und brechen ins südliche Westjordanland auf, das oft als Israels „Wilder Westen“ bezeichnet wird. Die Busse durchqueren Bethlehem, das fast vollständig von der umstrittenen israelischen Sperranlage eingeschlossen ist. Einer der älteren Aktivisten weist die jüngeren auf die verschiedenen israelischen Siedlungen hin: Efrat zum Beispiel ist eine der ersten großen israelischen Anlagen. Viele sind hier erstmals ohne Begleitung der israelischen Armee unterwegs oder ohne die Uniform der Tsahal zu tragen.

nanzierten Studie nachgewiesen, dass die Palästinenser in dieser Gegend genetisch sehr eng mit der jüdischen Bevölkerung verwandt sind. Einige Leute knüpfen daran die Vermutung, die Abstammung dieser sogenannten Yatta-Palästinenser ließe sich bis auf die jüdischen Stämme Judäas und Samarias zurückverfolgen.

Das 1995 zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO geschlossene Friedensabkommen (Oslo-II-Abkommen genannt) sieht die Aufteilung des Westjordanlands in drei Typen von Zonen vor, die einem unterschiedlichen Regime unterliegen. Große palästinensische Städte wie Ramallah und Nablus bilden die Zone A, in der die gesamte Zivilverwaltung und die Verantwortung für die Sicherheit an die neu geschaffene Palästinensische Autonomiebehörde (PA) übergegangen ist. Die PA funktioniert heute im Westjordanland wie eine große Gemeindeverwaltung.

In Zone B, zu der eine Reihe von kleineren palästinensischen Städten zählen, ist die PA für die Zivilverwaltung zuständig, während die Kontrolle der Sicherheit vollständig der israelischen Armee obliegt. Zone C, die den größten Teil des Westjordanlands ausmacht (62 Prozent), untersteht nach wie vor komplett der israelischen Zivil- und Militärverwaltung.

In dem jüngsten EU-Bericht geht es vor allem um die Zone C. Hier gilt für die Palästinenser (neben Restriktionen ihrer Bewegungsfreiheit und bei der Lizenzvergabe für kommerzielle Aktivitäten), dass sämtliche Baumaßnahmen – vom Bohren neuer Brunnen bis zum Verlegen von Stromleitungen – einer Genehmigung der für das Westjordanland zuständigen israelischen Zivilverwaltung bedürfen.²

Die Osloer Vereinbarungen waren ursprünglich als Interimslösung ge-

▶ Fortsetzung auf Seite 6

Schwärme

Anonymous und die Rebellion im Netz

von Felix Stalder

Sie häufen sich in letzter Zeit, die digitalen Angriffe von Hackern, die unter dem kollektiven Pseudonym „Anonymous“ für Meinungsfreiheit und soziale Gerechtigkeit eintreten. Anfang Januar traf es die Internetseite des globalen Stahlkonzerns ArcelorMittal in Belgien – das Unternehmen hatte ein Hüttenwerk in Lüttich geschlossen und die Arbeiter entlassen. Im Dezember 2011 veröffentlichten mutmaßliche Anonymous-Hacker die privaten Daten von zehntausenden Kunden von Stratfor, einem US-amerikanischen Unternehmen für geopolitische Analysen, das von Kritikern auch als „Schatten-CIA“ bezeichnet wird; im August 2011 wurde die Seite des syrischen Verteidigungsministeriums gehackt; und im Juni traf es die Website der spanischen Polizei, die kurz zuvor drei vermeintliche Anonymous-Aktivisten verhaftet hatte.

Darüber, wer sich hinter der Anonymous-Maske verbirgt, wird viel spekuliert: Stecken Elitishacker dahinter oder nur unbedarfte Jugendliche oder gar gefährliche Cyberterroristen? An allem könnte etwas dran sein, nur wird dabei das zentrale Merkmal des Gesamtphänomens glatt übersehen: Anonymous ist nämlich nicht eins, sondern viele. Hier agiert keine Gruppe oder ein Netzwerk, sondern ein Schwarm oder, noch präziser: mehrere Schwärme, die einander verstärken.

Im Grunde genommen ist Anonymous ein, wenn auch extremes Beispiel für die großen Protestbewegungen, die im Laufe des letzten Jahres in der arabischen Welt, Israel, Europa und in den USA entstanden sind. Die Unterschiede zwischen diesen neuen Bewegungen und den politischen Systemen, gegen die sie opponieren, werden insbesondere an ihren andersartigen Organisationsformen deutlich: Auf der einen Seite stehen hierarchische Strukturen, die auf dem Prinzip der Repräsentation basieren, indem durch Wah-

len legitimierte Regierende im Namen aller entscheiden – mit der Einschränkung, dass diese Legitimität durch Korruption, Vetternwirtschaft und Missachtung der institutionalisierten Gewaltenteilung in vielen Fällen geschwächt wurde.

Auf der anderen Seite stehen Kollektive ohne Anführer an ihrer Spitze, die das Prinzip der Repräsentation ablehnen und die direkte Teilhabe an konkreten Projekten favorisieren. Hier basieren Entscheidungen über bestimmte Themen auf dem ad hoc getroffenen Konsens statt auf der nach bestimmten Regeln ermittelten Stimmenmehrheit. Das Verhalten dieses neuen Kollektivs entzieht sich der Logik der etablierten politischen Institutionen, deren Vertreter es gewohnt sind, auf konkrete Forderungen zu reagieren.

Einfach gesagt stellt der Schwarm eine vorübergehende Gemeinschaft aus unabhängigen Individuen dar, die sich mit simplen Mitteln und Regeln horizontal organisieren. „Die Komplexität entsteht aus dem meritokratischen Prinzip, das bestimmt, wie der Schwarm operiert und als Organismus handelt“, erklärt Rick Falkvinge, Mitbegründer der schwedischen Piratenpartei. „Weil die Teilnahme an einem Schwarm freiwillig ist und die Leute hoffen, dass sie hier etwas für sie Wichtiges verändern können, besteht die einzige Art von Führung darin, sie zum Handeln zu inspirieren.“¹ Die Stärke des Schwarms ruht auf der Menge der Teilnehmer und der Bündelung ihrer vereinzelt, voneinander unabhängigen Bemühungen.

Der Experte für soziale Medien, Clay Shirky, hat drei unabdingbare Voraussetzungen für das Entstehen einer solchen lose organisierten Kooperation identifiziert: das Versprechen, die Mittel und die Vereinbarung.² Das Versprechen dient als Auslöser zum Handeln. Es muss für eine genügende Anzahl von

▶ Fortsetzung auf Seite 20

Hohe Beamte der Europäischen Union verabschiedeten im Januar 2012 in Brüssel einen internen Bericht, in dem festgestellt wird, dass die Palästinensergebiete der sogenannten C-Zone, die vollständig von Israel kontrolliert werden, aufgrund ihrer wachsenden Isolation einer stärkeren Unterstützung durch die EU bedürfen. Diese Gebiete entsprechen rund zwei Dritteln des von Israel besetzten Westjordanlands.

Das Dokument erklärt in ungewöhnlich deutlichen Worten, dass die israelische Politik der Zerstörung von Häusern und Farmen, die restriktive Einteilung von Baugenehmigungen und die beschleunigte Ausbreitung jüdischer Siedlungen die Entstehung eines palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 zunehmend gefährde.¹

Die in diesem Bericht beschriebene Politik provoziert in Israel selbst schon seit längerem gewaltfreie Protestaktionen. So trifft sich jeden Sonntagmorgen eine kleine Gruppe von israelischen und internationalen Aktivisten auf einem unscheinbaren Parkplatz am südlichen Rand von Jerusalem. Sie gehören zu der israelisch-palästinensischen Solidaritätsorganisation Ta'ayush (arabisch für „Zusammenarbeit“ oder „gemeinsam leben“). Leicht unausgeschlafen berat-

ANZEIGE

ARTHAUS PRÄSENTIERT

Neu auf DVD & Blu-ray!

DIE PASSION DER JUNGFRAU VON ORLÉANS
Zum 600. Geburtstag von Jeanne d'Arc: Carl Theodor Dreyers Meilenstein der Filmgeschichte erstmals auf DVD mit zahlreichen Extras.

MEIN STÜCK VOM KUCHEN
Der Nr. 1 Kinohit aus Frankreich: Eine spritzig-bissige Gesellschaftskomödie vom Regisseur von „L'auberge espagnole“ und „So ist Paris“!

ARTHAUS BEWEGTE BILDER www.arthaus.de STUDIOCANAL

Kafka im Westjordanland

► Fortsetzung von Seite 1

dacht, doch im Westjordanland haben sie eine wirre Verwaltungsstruktur geschaffen, die für die palästinensischen Bewohner fatale Auswirkungen hat. Eine Litanei von Gesetzen verhindert letztlich, dass die Palästinenser die erwünschten Genehmigungen erhalten. Slavoj Žižek spricht deshalb von Recht von einem „kafkaesken Netzwerk rechtlicher Bestimmungen“.³

Selbst das UN-Büro zur Koordination humanitärer Angelegenheiten in den besetzten Palästinensergebieten (Ocha) hat für diese Zone keine exakten Bevölkerungszahlen. Schätzungen gehen von 150000 Palästinensern aus; aber auch alle der etwa 325000 israelischen Siedler im Westjordanland leben in der Zone C.

Die israelische Zivilbehörde, deren Hauptquartier in der Siedlung Beit El knapp außerhalb von Ramallah liegt, regelt praktisch alle Facetten des Lebens in Zone C. Sie allein entscheidet darüber, wer eine Baugenehmigung erhält und wer nicht. In der israelischen Presse wurde der Zivilbehörde vorgehalten, dass sie viele israelische Siedler beschäftigt, die ein eingefleischtes Interesse an der Ausdehnung der eigenen Siedlungsprojekte im Westjordanland haben. Freilich wären nur wenige linksliberale Israelis aus Tel Aviv bereit, jeden Tag mehr als eine Autostunde ins Westjordanland zu fahren, selbst wenn sie damit eine krisenfesteste Stelle im öffentlichen Dienst bekämen.

Am Beispiel dieser Zivilbehörde wird exemplarisch deutlich, wie es die Siedlerbewegung immer wieder schafft, die normalen politischen Verfahrenswege zu umgehen und die Realitäten vor Ort maßgeblich zu gestalten. In ihrem 2007 erschienenen Buch „Lords of the Land“⁴ beschreiben der Journalist Akiva Eldar und die Historikerin Idith Zertal mit eindrücklicher Klarheit, wie die Siedlerbewegung beim Aufbau eines ausgedehnten Netzes von Siedlungen, zu dem auch einige im südlichen Westjordanland gehören, praktisch sämtliche Regierungskontrollen unterlaufen hat. Heimliche Absprachen, die Drohung mit dem Entzug politischer Macht und die Unterstützung gleichgesinnter israelischer Politiker waren die Mittel, mit denen diese Bewegung seit 1967 für ein stetiges und weitgehend ungehindertes Wachstum ihrer Siedlungen gesorgt hat.

Laut Eldar und Zertal hat die Zivilbehörde in Beit El auf Grundlage der Sicherheitspläne des Militärs den Ausbau weiterer Siedlungen gefördert und gleichzeitig den Palästinensern das Leben immer unerträglicher gemacht, indem sie ihnen alles verweigerte, was zur Verbesserung ihrer Lebensqualität beitragen könnte. In den Augen liberaler Israelis, die an einer fairen Zweistaatenlösung festhalten, war es ein Fehler, die Zivilbehörde den Siedlern zu überlassen. Die war so in der Lage, vollendete Tatsachen zu schaffen, unter anderem durch Ablehnung von mehreren tausend Baugenehmigungen, die Palästinenser beantragt haben.



Patrouille am Fuße einer jüdischen Siedlung nahe Hebron DAN BALILTY/ap

Der Süden des Westjordanlands, jenseits der alten Stadt Hebron – wo sich nach muslimischer und christlicher Überlieferung die Grabstätten der alttestamentarischen „Erzväter“ Abraham, Isaak und Jakob befinden –, ist eine sanfte Hügellandschaft, die allmählich in die Wüste Negev ausläuft. Die Mehrheit der Palästinenser dieser Gegend haben ihre familiären Wurzeln in Dörfern, die heute im Staat Israel liegen. Früher pflegten sie eine halbnomadische Lebensweise und zogen sich nur während der heißen Sommer aus der Wüste Negev in das Hügelland südlich von Hebron zurück.

Erst nach der Gründung des Staates Israel im Jahr 1948 und der Vertreibung der palästinensischen Bewohner vom Territorium des neuen Staats wurden ihre Sommerrefugien in den „South Hebron Hills“⁵ notgedrungen zu permanenten Wohnstätten. Die bestehen aus improvisierten Zeltlagern oder natürlichen Berghöhlen, deren Bewohner, den Naturgewalten un mittelbar ausgesetzt, ein karges und hartes Leben fristen.

Das Palästinenserdorf Susiya liegt auf einem Hügelrücken zwischen der modernen israelischen Siedlung, die ebenfalls Susiya heißt, und der Ruine einer Synagoge aus römischer Zeit. Dorf ist vielleicht nicht das richtige Wort: Susiya ist nicht viel mehr als eine Ansammlung provisorischer Zelte, zwischen denen Kinder umherrennen und mit den Schafen spielen, die in der steinigen Umgebung wenig Essbares finden. Die Plastikzelte scheinen kaum geeignet, ihre Bewohner vor den starken Winden zu schützen, die im Winter über die Wüste fegen. In diesem kargen Landstrich führen die Bewohner von Susiya ihr traditionelles Leben weiter: Sie

leben von dem, was die Schafhaltung abwirft, und fangen den Winterregen in großen natürlichen Zisternen auf.

Es ist keine Idylle. Die Gefahr, aus Susiya für immer vertrieben zu werden, hat seit 25 Jahren ständig zugenommen. Die erste große Räumung des Dorfs durch israelisches Militär fand 1986 statt, nachdem israelische Siedler begonnen hatten, den Nord-Süd-Korridor östlich der Stadt Yatta zu besiedeln (siehe Karte). Damit wollten sie dieses wichtige urbane Zentrum im Süden Palästinas durch israelische Siedlungen einkreisen. Das Konzept war Teil des umstrittenen Allon-Plans, der nach dem Krieg von 1967 vom damaligen Verteidigungsminister Yigal Allon erarbeitet wurde und auf die Kontrolle des gesamten Westjordanlands zielte.⁵ Die Bewohner von Susiya kehrten bald zurück und bauten ihr Dorf wieder auf. Seitdem wurden sie aber so oft immer wieder vertrieben, dass sie sich am Ende mit den tristen Zelten begnügten, die ihnen das Internationale Rote Kreuz zur Verfügung stellte.

Der ständige Wechsel von Vertreibung und Heimkehr hält bis heute an. 2001 wurde Susiya erneut von den israelischen Sicherheitskräften geräumt, nachdem ein Bewohner der benachbarten jüdischen Siedlung von Palästinensern ermordet worden war. Die größte Bedrohung blieb jedoch die offizielle Politik der israelischen Zivilbehörde. Da diese nicht eine einzige Baulizenz bewilligt hat, gelten alle Behausungen in Susiya als illegal und können jederzeit dem Erdboden gleichgemacht werden. Die Palästinenser von Susiya leben also illegal in ihrem eigenen Dorf.

Seit 2004 ist der Ort nach und nach zum politischem Organisationszent-

rum für die Palästinenser der Region südlich von Hebron geworden – aber auch zum Brennpunkt der gemeinsamen israelisch-palästinensischen Widerstandsbewegung. Die Aktivisten von Ta'ayush haben enge Bindungen nach Susiya geknüpft und benutzen das Dorf häufig als Hauptquartier für ihre Aktionen in den Hügeln des südlichen Westjordanlands.

Die Palästinenser in Zone C müssen sich nicht nur mit der Armee und der Zivilbehörde herumschlagen, sondern auch mit den israelischen Siedlern, deren Übergriffe seit der Zweiten Intifada (2000–2005) immer aggressiver geworden sind. Mittlerweile wurden tausende palästinensischer Olivenbäumen von Siedlern abgebrannt oder abgeholzt, mehrfach wurden auch Ställe angezündet, in denen ganze Schafherden umkamen. Vertreter der Siedler behaupten oft, die Palästinenser hätten mit den Provokationen begonnen. Das ist in manchen Fällen zweifellos richtig, aber das Ausmaß und die Art der Gewalt, die von den Siedlern ausgeht, lässt diese Rechtfertigungsversuche allzu fadenscheinig erscheinen.

Der Wilde Westen südlich von Hebron

„Sie versuchen uns auf unserem eigenen Land auszuhungern“, sagt Mahmud Zahawre. Sein Blick ist starr geradeaus auf die Landstraße Nr. 60 gerichtet, die Jerusalem mit Hebron und dem südlichen Westjordanland verbindet. „Das Militär und die Siedler arbeiten zusammen. Sie sind ein perfektes Team, und ein erfolgreiches dazu.“ Zahawre ist Gemeindeverwalter in Mas'ara, einem Dorf in der Nähe von Bethlehem. Seiner Meinung nach ist für die allmählichen Bevölkerungsverschiebungen im südlichen Westjordanland nicht nur die Politik der Zivilbehörde verantwortlich, sondern auch das gewalttätige Verhalten der Siedler.

Die Zusammenarbeit zwischen den Siedlern und der israelischen Armee wird zum Beispiel am Siedlungsaußenposten Asaël deutlich, der südöstlich der israelischen Siedlung Schima liegt. Obwohl Asaël auch vom israelischen Staat nicht als „legale“ Siedlung anerkannt wird, steht der Außenposten unter dem vollen Schutz der Armee, die gewaltsame Übergriffe gegen die Palästinenser häufig ignoriert.

So kommt es häufig vor, dass palästinensische Schafhirten, die auf das Weideland um Asaël angewiesen sind, mit Steinwürfen von den Siedlern vertrieben werden. Selbst innerhalb der Grenzen ihres eigenen rechtmäßigen Grundbesitzes können Palästinenser ihre Felder kaum bestellen oder ernten, wenn sie dabei nicht durch die Anwesenheit der Aktivisten von Ta'ayush oder anderer Gruppen geschützt werden.

Kompliziert wird die Situation der Palästinenser noch dadurch, dass sie in der gesamten Zone C der israelischen

Militärgerichtsbarkeit unterworfen sind – bei einem Diebstahl wie bei Verstößen gegen die Sicherheitsvorschriften. Die Siedler dagegen unterstehen als israelische Staatsbürger der israelischen Zivilgerichtsbarkeit, obwohl sie sich jenseits von offiziell anerkannten Grenzen Israels aufhalten.⁶

Im Klartext bedeutet dies, dass palästinensischen Bauern beim Bestellen ihres Landes die Festnahme durch israelische Besatzungssoldaten und ein langwieriger Prozess vor einem Militärgericht droht. Dagegen haben sich Siedler, die gewaltsam gegen Palästinenser vorgehen, vor einer anderen, nachsichtigeren Rechtsinstanz zu verantworten.

Um Auseinandersetzungen zwischen palästinensischen Bauern und Siedlern zu verhindern, greift das Militär in den meisten Fällen auf ein Mittel zurück, das 1945 durch eine Notstandsverordnung der damaligen britischen Mandatsmacht eingeführt wurde. Danach können bestimmte Gebiete zur „geschlossenen militärischen Zone“ erklärt werden, die Zivilisten nur mit der ausdrücklichen Erlaubnis des zuständigen Befehlshabers betreten dürfen. Die israelische Armee benutzt diese Verordnung immer wieder dazu, Palästinenser von ihrem eigenen Land zu vertreiben oder ihnen den Zugang zu Ressourcen wie Wasserquellen zu versperren, während für die Siedler kein entsprechendes Zutrittsverbot gilt.⁷

Die Aktivisten von Ta'ayush haben in mehreren Fällen vor dem Obersten Gericht in Jerusalem gegen die unfair, weil einseitige Praxis solcher geschlossenen Militärzonen im südlichen Westjordanland geklagt – mit mäßigem Erfolg. Das Hohe Gericht hat die Militärverwaltung zwar wiederholt für die „politisch motivierte“ Einrichtung solcher Militärzonen gerügt, weil dies den Palästinensern das Überleben in den betroffenen Gebieten praktisch unmöglich mache. Doch die Armee hat die Anweisungen des Gerichts weitgehend missachtet. Konkrete Veränderungen dieser Praxis sind vor Ort jedenfalls kaum zu erkennen.

Trotz der Tatsache, dass es beinahe jede Woche zu Auseinandersetzungen zwischen linken Aktivisten und dem Militär kommt, konnten in den letzten Jahren alle israelischen Regierungen jeglicher politischer Couleur ihre kolonialistische Politik des „teile und herrsche“ im südlichen Westjordanland vergleichsweise ungestört weiterbetreiben. Diese Politik beruht auf der Idee, dass die palästinensische Bevölkerung in kleinen urbanen Räumen besser kontrolliert werden kann, und erinnert insofern stark an die französische Herrschaft in Algerien oder an die britische Kolonialpolitik in Indien.

Yatta, eine der größeren palästinensischen Städte im Hügelland südlich von Hebron, untersteht vollständig der palästinensischen Autonomiebehörde. Doch die Stadt ist von einer Reihe israelischer Siedlungen umzingelt. Und die Landstraßen, die Yatta mit den um-

ANZEIGE

Hören Sie Le Monde diplomatique

Die weltweit größte Monatszeitung für internationale Politik



Die komplette deutsche Ausgabe jeden Monat als Audiodatei.

www.monde-diplomatique.de/ekiosk

liegenden palästinensischen Dörfern verbinden, werden in unregelmäßigen Abständen vom israelischen Militär gesperrt. Wann immer dies geschieht, sind die Palästinenser aus den Dörfern von Jaffa und damit von ihrem Einkaufszentrum abgeschnitten.

Jede Genehmigung, die die Zivilbehörde für den Bau von Häusern oder Wasser- und Stromleitungen verweigert, erhöht die Abhängigkeit der Dörfer von Yatta. Damit wächst der Druck, in die Stadt zu ziehen. Doch wenn sie nach Yatta ziehen, geben sie faktisch ihr Land auf. Denn die Behörden können es alsbald zu „verlassenen Besitz“ erklären und einkassieren – aufgrund der osmanischen Gesetze über Grundeigentum, nach denen das Eigentumsrecht an eine beinahe permanente Anwesenheit auf dem Land gebunden ist.⁷

Diese Politik hat gerade für Yatta schwerwiegende Auswirkungen, weil die unaufhörlich wachsende Bevölkerung der Stadt die Wasserversorgung und andere Dienstleistungen der Gemeinde bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit strapaziert.

Breaking the Silence, eine von ehemaligen Soldaten gegründete israelische Nichtregierungsorganisation, sammelt und dokumentiert Erlebnisberichte von Soldaten, die in den besetzten Gebieten stationiert waren. Diese direkten Zeugenaussagen bestätigen viele Klagen von Palästinensern über die Gewalt der Siedler und über die Armee, die zu passiv bleibt oder ganz wegsieht.

So berichtet ein Sergeant, der 2007 in Susiya eingesetzt war: „Susiya ist der ‚Wilde Westen‘. Jeder macht, was ihm gefällt, und jeder will seine Ruhe haben. Die Araber darf man verprügeln, die Siedler dürfen nicht angerührt werden – mehr oder weniger. Ich saß in der Kommandozentrale, habe viele Übergriffe mitbekommen. Ich saß einfach nur da. Sie haben ja keine Ahnung, wie oft es zu Übergriffen kam. Einmal zum Beispiel wurden in Susiya Schafe gestohlen. Die Araber haben sie gestohlen. Da beschlossen die Leute von der Siedlung einfach, die Schafe zurückzuholen. Und langten dabei ganz schön zu.“ Auf die Frage, wie sie normalerweise reagieren, wenn die Siedler angreifen, antwortet der Soldat: „Den Siedlern tun wir nichts. Die rühren wir nicht an.“

Im Gemeindezelt im Zentrum des palästinensischen Susiya berichtet Nasser Nawaja in fließendem Hebräisch von den Problemen, mit denen seine Gemeinde seit Jahren zu kämpfen hat: „Lange standen wir der Gewalt der Siedler völlig hilflos gegenüber, aber inzwischen haben wir unsere israelischen und internationalen Partner, die uns bei der Bewachung und beim Schutz unseres Dorfs entscheidend helfen.“

In den letzten fünf Jahre haben Nawaja und andere Palästinenser aus Susiya enge Beziehungen zu israelischen Menschenrechtsorganisationen wie B'tselem und Breaking the Silence entwickelt. Dank der Unterstützung von B'tselem verteilt Nawaja heute überall im südlichen Westjordanland Videokameras, damit die Bewohner palästinensischer Dörfer die gewalttätigen Übergriffe durch die Siedler und die Armee dokumentieren können.

Nawaja kritisiert die israelischen Siedler, die sein Dorf terrorisieren, solange er denken kann, in aller Schärfe; mit der Palästinensischen Autonomiebehörde in Ramallah hat er dagegen eher Mitleid: „Denen sind die Hände gebunden. Wir sind ja der israelischen Zivilbehörde unterstellt, deshalb können sie uns in Sachen Wasser, Strom oder gegen die Siedler nicht wirklich helfen. Wahrscheinlich haben sie uns da oben in Ramallah ohnehin längst vergessen.“

Nicht vergessen werden sie von den zivilgesellschaftlichen Gruppen aus Israel und Palästina, die mit ihren kreativen Aktionen erreichen wollen, dass die Palästinenser ihr Land behalten und nutzen können. Eine Gruppe von Palästinensern und Israelis bemüht sich, alternative Energieprojekte in den Hügeln südlich von Hebron voranzutreiben: Die Organisation Comet-ME (Community, Energy and Technology in the Middle East) errichtet und unterhält mit finanzieller Unterstützung der EU und privater Geldgeber im südlichen Westjordanland mehrere Solarstromanlagen und Windkrafttrader. Dieses zugleich

ökologische und politische Projekt ermöglicht es den Palästinensern, trotz der Schikanen bei der Stromversorgung auf ihrem Land zu bleiben.⁹

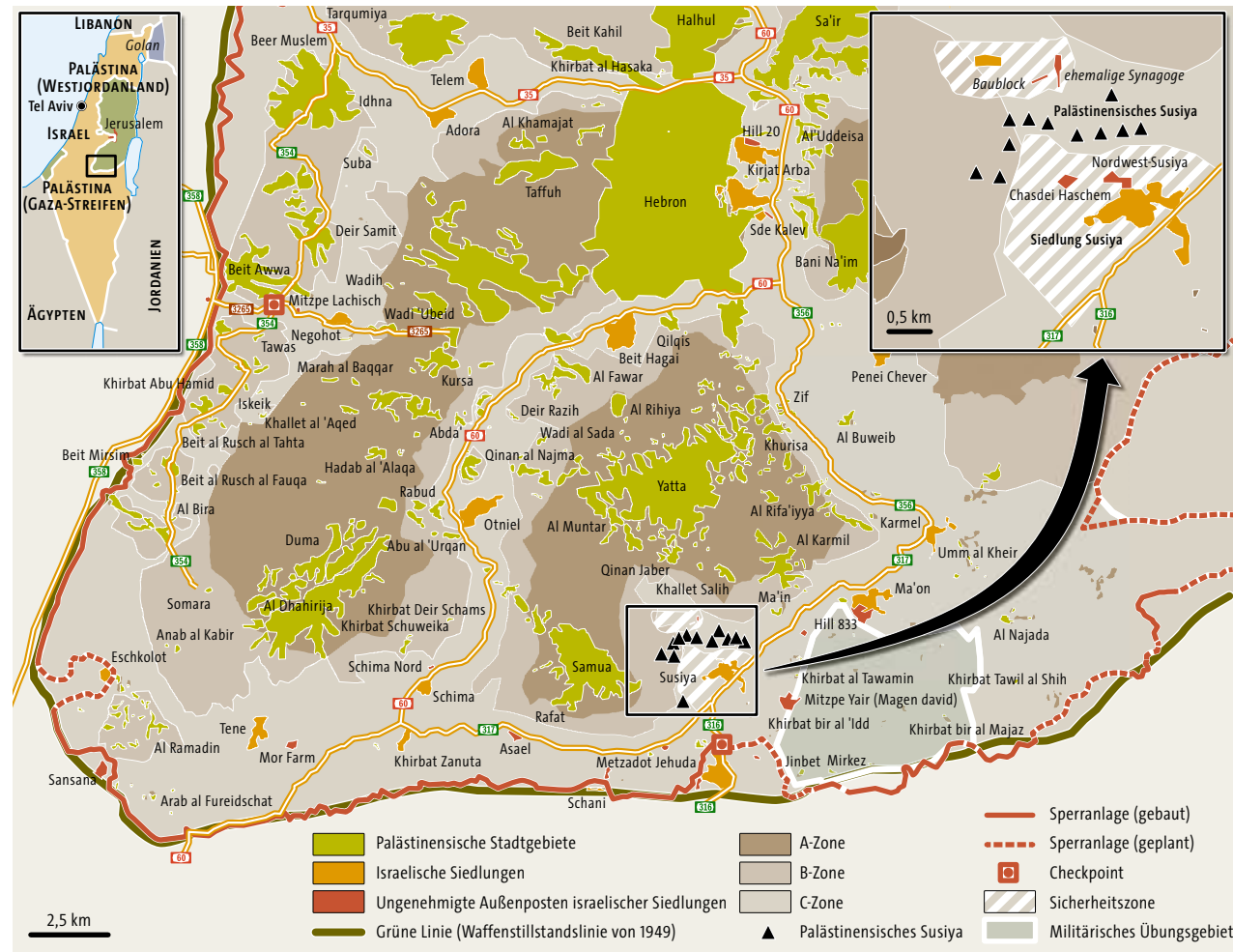
Das palästinensische Dorf Umm al-Kheir liegt auf der Kuppe eines Hügels östlich der Siedlung Karmel. Der Ausblick von hier ist atemberaubend. Hinter dem Toten Meer, dem tiefsten Punkt der Erde, schimmern am Horizont die Bergketten Transjordaniens. Das kleine Dorf, in dem hauptsächlich verarmte Beduinen leben, besteht aus einer Ansammlung provisorischer Behausungen, so wie die meisten Siedlungen in dieser südwestlichen Ecke des Westjordanlands. Bei einem Glas süßen Tee erzählt man uns, dass die israelischen Behörden selbst kleinste Bauprojekte wie die Errichtung einer Latrine zum Anlass nehmen könnten, das gesamte Lager zu zerstören. „Sie wollen uns das Leben so schwer machen wie möglich“, meint ein Beduine, „sie nehmen uns selbst das Lebensnotwendigste wie Wasser und Toiletten weg, aber bis jetzt haben wir uns hier gehalten. Wir haben ja keine andere Wahl.“

In dem Dorf, das nur auf einer schlaglochübersäten und gefährlichen Straße zu erreichen ist, leben knapp hundert Menschen. Alle von den Dorfbewohnern gestellten Bauanträge wer-

de, die zuständige Zivilbehörde für ihn anzurufen, erzählt Eid in gebrochenem Englisch: „Aber sogar die haben große Mühe zu begreifen, wie das Genehmigungssystem funktioniert. Egal, was wir tun, am Ende des Tages stehen wir ohne Genehmigung da.“

Der größte Konfliktherd im südlichen Westjordanland bleibt jedoch das Wasser. Bei einer Fahrt durch die Landschaft sticht jedem Besucher die üppige Vegetation in den israelischen Siedlungen ins Auge. Aber hinter der nächsten staubigen Kurve liegt dann eines der palästinensischen Dörfer wie Susiya oder Umm al-Kheir, die ein völlig anderes Bild bieten. Wasser ist für die Palästinenser ersichtlich Mangelware. Denn das israelische Militär und die Zivilbehörde verweigern beharrlich den Bau von Wasserleitungen in Dörfern wie Susiya – während für die Siedlungen genügend Wasser zur Verfügung steht.

Viele Palästinenser in der C-Zone sind deshalb gezwungen, ihr Wasser in städtischen Zentren wie Yatta einzukaufen, wo der Liter fünfmal so viel kostet wie in Tel Aviv. Die Wasservorräte werden in großen Plastiktanks gelagert, die ein bevorzugtes Ziel für Sabotageakte darstellen. Oft werden sie von Siedlern im Schutze der Nacht, zuweilen aber auch am helllichten Tag zerstört.



© Le Monde diplomatique, Berlin / Adolf Buitenhuis, nach einer Karte von Shovrim Shtika

den regelmäßig zurückgewiesen, so dass sie weiterhin in behelfsmäßigen Zelten wohnen. Der Kontrast zur israelischen Siedlung Karmel lässt die Armut in Umm al-Kheir besonders krass hervortreten: Die Kinder wirken kränklich, es gibt weder feste Behausungen noch fließendes Wasser. Einen Steinwurf entfernt liegt die moderne jüdische Siedlung, in der vor allem Migranten aus den USA, Südafrika und Frankreich leben.

Karmel ist nicht nur an das Strom- und Wassernetz, sondern auch an das israelische Hochgeschwindigkeitsinternet angeschlossen. Für die Verkehrsanbindung sorgt das größte israelische Busunternehmen Egged. Im Sommer können sich die Bewohner von Karmel in ihren Swimmingpools abkühlen. Die Beduinen von Umm al-Kheir dagegen müssen ihren Wasserbedarf mit einer halben Badewanne pro Tag decken.

Genehmigungen für Maßnahmen, die ihr tägliches Leben erleichtern, sind nur schwer zu bekommen. Die Behörden sind an weit entfernten Orten, und um dorthin zu gelangen, braucht man zuweilen eine Reiseerlaubnis. Doch die zu beantragen ist für die Palästinenser von Umm al-Kheir praktisch ein Ding der Unmöglichkeit. Ein Dorfbewohner namens Eid erzählt, dass die für Reiseerlaubnisse zuständigen Beamten nur sehr unregelmäßig geöffnet. Normalerweise bittet er israelische Freun-

Traditionell haben die Palästinenser im südlichen Westjordanland das Regenwasser immer in natürlichen Zisternen oder Höhlen gesammelt. Aber seitdem viele von ihrem Land vertrieben wurden, ist auch das vorbei. In Susiya hat die israelische Armee eine Anzahl von Natursteinhöhlen, die den Bewohnern als Zisternen dienen, einfach zubetoniert. In einer der Zisternen findet sich noch heute ein altes Autowrack, um das Wasser für immer ungenießbar zu machen.

Im November 2011 erläuterte die israelische Journalistin Amira Hass in einer Rede vor der Gruppe Canadians for Justice and Peace in the Middle East in Vancouver, dass Israel im südlichen Westjordanland „unter den Augen der internationalen Gemeinschaft offen und unverhüllt ethnische Säuberungen“ praktiziere.¹⁰ Dabei handelt es sich zwar nicht um ethnischen Säuberungen im klassischen Sinne, aber die Vorenthaltung von Rechten, die für ein Leben in Würde unverzichtbar sind, und der fortlaufende Ausbau der Siedlungen zeigen auf jeden Fall, dass die israelische Regierung eine praktikable Zweistaatenlösung unmöglich machen will. Auch in dem jüngsten Bericht der EU über die Verhältnisse in Zone C wird die israelische Politik für die „erzwungene Abwanderung der einheimischen Bevölkerung“ verantwortlich gemacht. Der Bericht empfiehlt der Union, sich akti-

ver für Infrastrukturprojekte wie Straßen, Wasserversorgung, Schulen und Krankenhäuser einzusetzen, um „die Palästinenser zu unterstützen und ihnen das Bleiben zu ermöglichen“.

Die israelische Regierung verteidigt ihre Politik im Westjordanland regelmäßig mit dem Argument, sie müsse die Sicherheit des Staates und seiner Bürger gewährleisten. Aber wenn es Israel nur um die Sicherheit der israelischen Bürger gehen würde – und nicht etwa um eine dauerhafte Besetzung oder Annexion zumindest von Teilen des Westjordanlandes, – stellt sich die Frage, weshalb sich dann die israelischen Siedler so offen über die Gesetze hinwegsetzen dürfen. Und warum müssen dann die Palästinenser in Susiya fünfmal so viel für Wasser zahlen wie die Israelis in der benachbarten Siedlung? Wenn es nur um Sicherheit geht, warum wird den Beduinen in Umm al-Kheir nicht erlaubt, einfache Latrinen zu bauen?

Im Zeitalter der neuen Medien, die Informationen in Windeseile über die ganze Welt verbreiten, gerät die israelische Darstellung der Realitäten im Westjordanland zunehmend unter Druck. Wie viel Angst die israelischen Gesetzgeber vor dem freien Fluss von Informationen haben, zeigen deutlich die dem israelische Parlament seit November 2011 vorliegenden Gesetzentwürfe, die die Unterstützung für palästinensische Boykottkampagnen gegen Israel unter Strafe stellen und die ausländische Finanzierung von Menschenrechtsorganisationen wie B'tselem oder der Association of Civil Rights in Israel beschneiden. Das im Westjordanland installierte System ist auf Dauer völlig unhaltbar. Aber das ist auch der Grund, weshalb Organisationen, die den Zustand vor Ort dokumentieren, immer stärker ins Kreuzfeuer der israelischen Regierung geraten.

Als Israel im Sommer 2011 von den größten sozialen Protesten seiner Geschichte erschüttert wurde, waren die Zustände in den besetzten Gebieten allenfalls ein Randthema. Trotz der ständigen Klagen über die fehlende „soziale Gerechtigkeit“ waren weder die israelische Besetzung insgesamt noch die staatliche Politik gegenüber den von Israel verwalteten Palästinensern in der C-Zone für die Demonstrationen ein Thema. Diese Wahrnehmungslücke der neuen sozialen Protestbewegung macht deutlich, weshalb die israelische Siedlungspolitik ohne nennenswerten Widerstand seitens der israelischen Gesellschaft fortgesetzt werden kann. Und sie erklärt auch, warum radikale Kräfte mittels Vereinnahmung staatlicher Institutionen – wie der für die C-Zone zuständigen Zivilbehörde – die gesamte Siedlungspolitik im Westjordanland bestimmen können.

¹ Abrufbar unter: www.redress.cc/cms-files/nsabir20120115.pdf.

² Siehe die Analyse des Israeli Committee against House Demolitions: „Matrix of Control“, www.icaqd.org/?page_id=79.

³ Slavoj Zizek, „Quiet slicing of the West Bank makes abstract prayers for peace obscene“, *The Guardian*, 18. August 2009.

⁴ Akiva Eldar und Idith Zertal, „Lords of the Land: The War for Israel's Settlements in the Occupied Territories, 1967–2007“, New York (Nation Books) 2007.

⁵ Der Allon-Plan sah eine Aufteilung des Westjordanlands zwischen Israel und Jordanien vor und sollte Israel die Kontrolle des strategisch wichtigen Jordantals sichern.

⁶ Die israelische Regierung argumentiert, die Siedlungen seien nicht Teil der besetzten Gebiete, weswegen hier das israelische Recht gelte.

⁷ Außer diese geschlossenen, zumeist nur für einige Stunden deklarierten Militärsicherheitszonen kann das Militär häufig auch permanente „Sicherheitszonen“ einrichten, zumeist in der Umgebung von israelischen Siedlungen. Diese Zonen dürfen ebenfalls von Siedlern, nicht dagegen von Palästinensern betreten werden (siehe Karte).

⁸ Palästina war bis 1917 Teil des Osmanischen Reichs. Das osmanische Landgesetz von 1857 ist offiziell immer noch in Kraft.

⁹ Ende 2011 wurden mehrere Mitarbeiter von Comet-ME wegen „illegaler Bautätigkeit“ in Susiya von israelischen Soldaten verhaftet und angeklagt. Ein Baustopp wurde verhängt, und die Aktivisten durften die Gegend für zwei Wochen nicht betreten.

¹⁰ pulsemedia.org/2011/11/15/unsettled-with-amira-hass/.

Aus dem Englischen von Robin Cackett